

Einlage zur Arbeiterpolitik Nr. 3/1999

Während der Herstellung dieser Ausgabe wurde der nachfolgende Abschnitt im Leitartikel vergessen. Ebenfalls wurde übersehen, die Korrespondenz aus Darmstadt im Layout zu berücksichtigen. Wir bitten diese Fehler zu entschuldigen. Red. ■

Die Wirtschaftskrise, der IWF und die Reaktionen in Jugoslawien

Daß dieser Versuch vollkommen mißlang, ist angesichts der eindeutigen Interessenlage der führenden Kräfte in Slowenien und Kroatien nicht verwunderlich. Die schwere wirtschaftliche Krise in Jugoslawien seit Beginn der 80er Jahre hatte deutlich gemacht, daß es ökonomisch nicht mehr so weiter gehen konnte wie bisher. Die Antwort auf die Frage, was geändert werden sollte, fiel aber je nach Republik sehr unterschiedlich aus. Unter dem Druck des IWF und anderer ausländischer Kreditgeber waren seit Mitte der 80er Jahre verschiedene Versuche gestartet worden, die jugoslawische Wirtschaft umfassend zu deregulieren. Vor allem sollte die jugoslawische Wirtschaft dem Weltmarkt geöffnet, d.h. der bestehende Schutz gegenüber ausländischer Konkurrenz durch Zölle oder andere Maßnahmen rigoros abgebaut werden, und parallel dazu sollte die Mehrheit jener 90% der Betriebe, die zum gesellschaftlichen Sektors zählten, entweder privatisiert oder aber geschlossen werden. Angesichts der geringen Produktivität vieler Betriebe hätte die Realisierung dieser Pläne zur Entlassung von über 2 Mill. Beschäftigten geführt. Der Widerstand war dementsprechend groß. 1987 fanden zahllose Streiks statt, die die jugoslawische Regierung zum Rückzug veranlaßten.

Die slowenische und die kroatische Parteiführung zogen daraus den Schluß, sich wirtschaftlich von Gesamtjugoslawien zu trennen und die vom Westen verlangte Deregulierung allein durchzusetzen. Sie setzten dabei darauf, daß die Betriebe in ihren Republiken die radikale Umstellung auf kapitalistische Bedingungen relativ gut bewältigen würden, ihre Chancen jedenfalls eindeutig besser seien als die der Betriebe im Rest Jugoslawiens. Letztere wurden daher von ihnen (wie auch dem Großteil der Bevölkerung Sloweniens und Kroatiens) als Klotz am Bein empfunden. Diese Überlegung erschien damals plausibel, war insgesamt aber nur für Slowenien auch wirklich zutreffend. Dort war der "Anpassungsprozeß" tatsächlich mit vergleichsweise geringen Opfern seitens der Beschäftigten verbunden. Aufgrund der für jugoslawische Verhältnisse relativ hohen Produktivität der Wirtschaft und der schnellen Anbindung an die EU konnte bisher ein eher sozialpartnerschaftlicher Weg gegangen werden. Für Kroatien galt und gilt das nicht. Die ökonomischen Belastungen durch den Krieg wie auch die schlechteren wirtschaftlichen Voraussetzungen machten ein solches Vorgehen unmöglich. Ende der 80er Jahre konnte oder wollte das aber kaum jemand wissen.

Für die serbische Parteiführung unter Milosevic stellte sich die Situation aus den geschilderten Gründen völlig anders dar. Ein konsequent kapitalistischer Weg bot der serbischen Wirtschaft keine Perspektive. Dementsprechend bezog die Führung Serbiens in allen Konflikten stets eine Position, die sich zwar nicht grundsätzlich gegen eine kapitalistische Umstrukturierung der Wirtschaft richtete, aber eine wesentlich langsamere Anpassung der Betriebe an die

Erfordernisse des Weltmarkts vorsah, als vom Westen gefordert wurde. Besonders deutlich wurde das in der Endphase des jugoslawischen Bundesstaats um 1990. Die serbische Parteiführung unter Milosevic blockierte damals so gut wie alle Versuche des aus Kroatien stammenden jugoslawischen Präsidenten Markovic, die Forderungen des IWF umzusetzen. Auf ein von der jugoslawischen Regierung Ende 1989 mit dem IWF abgestimmtes Stabilisierungsprogramm, das ein Einfrieren der Löhne und Preise vorsah, de facto aber kurzfristig nur zu einer erheblichen Senkung der Reallöhne führte, reagierte die serbische Führung mit massiven Lohnzugeständnissen an die Beschäftigten, was wesentlich zum Scheitern des Programms beitrug. Den von der jugoslawischen Bundesregierung akzeptierten IWF-Auflagen zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen und der jugoslawischen Währung erging es nicht anders. Sie wurden am 28. Dezember 1990 mit einem Geheimbeschluß des serbischen Parlaments beantwortet, der es den serbischen Banken erlaubte, bei der jugoslawischen Nationalbank 28 Mrd. Dinar (damals ca. 2 Mrd. DM) in Form einer Schuld Serbiens aufzunehmen. Praktisch bedeutete das, daß die Notenpresse angeworfen wurde und das neu geschaffene Geld zum Ankauf von Devisen und zur Schuldentilgung serbischer Unternehmen und der Regierung Serbiens verwendet wurde, d.h. letztlich entgegen den Absichten des IWF auf Kosten einer steigenden Inflation erst einmal Arbeitsplätze gesichert wurden.

Die Weigerung Serbiens, sich den Forderungen des Westens im gewünschten Umfang zu beugen, führte zu einem allmählichen Kurswechsel der westlichen Länder. Hatten sie mehrheitlich zunächst auf ein Weiterbestehen Jugoslawiens gesetzt, weil das die problemloseste Umsetzung der wirtschaftlichen Umstrukturierungsmaßnahmen zu versprechen schien, mehrten sich nun die Stimmen, die sich für die Auflösung Jugoslawiens und die politische Anerkennung Sloweniens und Kroatiens aussprachen, die die Auflagen des IWF zu erfüllen versprochen. Der Kurs Deutschlands, das den beiden Republiken aus eigenen ökonomischen Interessen heraus schon sehr früh die Anerkennung ihrer Selbständigkeit zugesichert hatte, wurde so mehrheitsfähig. Vor allem die USA schwenkten bald um, die anderen westlichen Staaten folgten dann mit mehr oder weniger großer Verzögerung.

Ein Tag der Gegensätze – 1. Mai 1999 in Darmstadt

Vor drei Jahren hatte der Darmstädter DGB-Kreisvorstand auf Initiative vor allem von IG Metall und IG BCE beschlossen, auf eine Mai-Demonstration zu verzichten. Dem Vernehmen nach war der Hauptgrund dafür die starke Präsenz politisch mißliebiger kurdischer und türkischer Organisationen. Daraufhin hatte die Darmstädter Gewerkschaftslinken sowie Vertreter der interessierten kurdischen und türkischen Gruppen unter dem Dach des »1.-Mai-Bündnisses gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Rassismus« selbst eine Demonstration auf die Beine gestellt und eine eigene Abschlußkundgebung veranstaltet. So kam es, daß damals um die 50 Hauptamtliche im Hof des DGB-Hauses ihren 1. Mai bei Jazz-Musik feierten, während an ihnen vorbei über 700 Demonstrantinnen und Demonstranten in einem bunten Zug vorbeidefilierten, um etwa einen Kilometer weiter auf dem Riegerplatz zu feiern. Der Tag wurde zu einer Blamage für den offiziellen Darmstädter DGB und zum Triumph für die aktiven Gewerkschaftsmitglieder.

Seit diesem Tag, und nunmehr zum vierten Male, finden wieder regelmäßig Mai-Demos des DGB auch in Darmstadt statt aber – und dies ist ein gewichtiger Unterschied zu anderen Städten – sie werden gemeinsam von DGB-Kreisvorstand und 1.-Mai-Bündnis vorbereitet und durchgeführt. Unter anderem stellen jeweils DGB und Mai-Bündnis jeweils einen Hauptredner bzw. eine Hauptrednerin. Dies paßt insbesondere den rechtssozialdemokratischen Geschäftsführern von IG Metall und IG BCE nicht, Vertreter/innen anderer Gewerkschaften haben dagegen weniger oder keine Bauchschmerzen mit dieser Regelung, so zum Beispiel die von ÖTV, GEW oder IG Medien. Für den zuständigen DGB-Sekretär hat dieses Arrangement den Vorteil, daß die Mitarbeit des Mai-Bündnisses ihn in vielerlei Hinsicht von organisatorischen und technischen Aufgaben entlastet, während er auf tatkräftige Unterstützung aus dem Kreisvorstand nicht vertrauen dürfte.

Das diesjährige offizielle Mai-Motto des DGB-Bundesvorstands »Neues Handeln. Für unser Land« wurde auch in Darmstadt von den meisten aktiven Gewerkschaftern wegen seiner nationalistischen Tendenz abgelehnt. Das Mai-Bündnis formulierte auf Plakaten und in einer Mai-Zeitung, die vor den größeren Betrieben verteilt wurde, ein eigenes Motto: »Gegen Unternehmermacht – kämpferisch, solidarisch, international«. Aber auch der DGB-Kreisvorstand wagte nicht, unter dem Dortmunder Motto zu demonstrieren, sondern er griff auf das Motto des Vorjahres zurück und holte das Transparent vom vergangenen Jahr aus dem Keller des Gewerkschaftshauses hervor.

Der Krieg der NATO gegen Jugoslawien und die Haltung der Gewerkschaften dazu wurde – wie an anderen Orten – auch hier zum Thema, an dem sich die Geister schieden. Der DGB-Kreisvorsitzende, Walter Hofmann, zugleich auch seit diesem Jahr direkt gewählter SPD-Bundestagsabgeordneter, verteidigte in seiner Begrüßungsansprache vor dem Gewerkschaftshaus die Kriegspolitik der Bundesregierung und ernannte dafür ein Pfeifkonzert durch die große Mehrheit der Anwesenden. Die Vertreterin des Mai-Bündnisses, die anschließend sprach, formulierte die Haltung des Bündnisses und verlangte die bedingungslose und unverzügliche Einstellung des Krieges; sie erhielt Beifall – natürlich nicht vom Kreisvorsitzenden und seinen sozialdemokratischen

Freunden. Damit wurde wieder die politische Spannung deutlich, die regelmäßig zutage tritt, sobald in den Gewerkschaften ein wichtiges politisches Thema angesprochen wird und die in erster Linie eine Folge der fast bedingungslosen Unterwerfung der offiziellen DGB-Politik unter die Forderungen entweder der Unternehmer oder, wie in diesem Falle, der Regierungspolitik ist.

Die anschließende Demonstration mit etwa 1500 Teilnehmern war etwas größer als im vergangenen Jahr, ebenso die Kundgebung mit schätzungsweise 2000 Anwesenden, die in der Presseerklärung des DGB-Landesbezirks großzügig verdoppelt wurden.

Hauptredner des DGB war in diesem Jahr der Landesbezirksvorsitzende, Dieter Hooge. Der wandte sich gegen den Krieg und er wies auch auf darauf hin, wie scheinheilig die offiziöse »humanitäre« Begründung angesichts der geduldeten Massenvertreibungen und Menschenrechtsverletzungen im kurdischen Teil der Türkei ist. Dafür bekam er mehrfach lauten Beifall. Gleichzeitig näherte er sich dann doch wieder der Bundesregierung und der offiziellen politischen Linie an, indem er Milosevic zum Buhmann machte und Sanktionen gegen die jugoslawische Regierung forderte – aber eben keinen Krieg. Aber auch damit befand er sich mit vielen Anwesenden in Übereinstimmung, so daß seine Rede durch die Bank weg Applaus erhielt und vor allem als verdiente Ohrfeige für den Darmstädter DGB-Kreisvorsitzenden Hofmann verstanden wurde.

Die Rede des Mai-Bündnisses, die anschließend auch auf Türkisch vorgetragen wurde, war von den inhaltlichen Positionen her radikaler als die von Hooge; aber sie erhielt doch weniger Aufmerksamkeit. Die Position des Bündnisses war im wesentlichen bekannt und sie stellte auch für die gewerkschaftlich interessierten Kolleginnen und Kollegen keine Überraschung dar.

Die an der Kriegsfrage sichtbar gewordenen Widersprüche im Apparat der Gewerkschaften werden noch zu einem Nachspiel auf der Sitzung des DGB-Kreisvorstands Mitte Juni führen. Dort wird zum einen die Nachbesprechung des diesjährigen 1. Mai stattfinden; gleichzeitig hat Dieter Hooge seine Teilnahme an dieser Sitzung angekündigt, der die politische Haltung von Walter Hofmann zum Krieg unverstündlich fand und der außerdem für sein cholerisches Temperament berüchtigt ist.

3.6.1999 ■